

Danziger Zeitung.

Nr. 18621.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Frankfurt, 26. Nov. (Privattelegramm.) Der bekannte Bacteriologe Professor Weigert ist an Blutvergiftung schwer erkrankt.

Innsbruck, 26. Nov. (Privattelegramm.) Gestern Nachmittag fand hier ein Erdstöß statt.

Brüg, 26. Nov. (Privattelegramm.) Aus dem Annaschacht sind bisher 33 Tode hervorgeholt worden.

Lissabon, 26. Novbr. (Privattelegramm.) Der Progressistenführer Navarro reist morgen nach England ab, um die Uebertragung des Credits Portugals bei Baring Brothers und Eröffnung eines neuen Credits für Portugal zu negociieren.

Politische Uebersicht.

Danzig, 26. November.

Der Reichshaushaltsetat für 1891/92.

Der Reichshaushaltsetat für 1891/92 beläuft sich auf Einnahme und Ausgabe mit 1 130 645 888 Mk. Von den letzteren entfallen 941 135 067 Mk. auf die fortwährenden, 90 720 452 Mk. auf die einmaligen ordentlichen und 98 790 369 Mk. auf die einmaligen außerordentlichen Ausgaben.

Aus dem Etatsgehalt geht hervor, daß die Summe von 130 Millionen, welche gemäß § 8 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 der Reichskasse von dem Ertrage der Zölle und Tabaksteuer verbleiben soll, auf 140 242 500 Mk. erhöht werden soll. Um den Betrag von 10 242 500 Mark soll nämlich die Mehreinnahme aus den Zöllen und der Tabaksteuer im Etatsjahre 1890/91 und darnach die den Einzelstaaten zu überweisenden Steuern gekürzt werden zu dem Zweck, die am 1. April fälligen Zinsen der Reichsschuld, welche nach der bisherigen Uebung für das Etatsjahr 1892/93 zur Berechnung gelangen würden, bereits für das Etatsjahr 1891/92 zu verrechnen, da die am 1. April jeden Jahres fälligen Zinsen wirtschaftlich dem vorhergehenden Etatsjahre zur Last fallen. In Preußen ist diese Aenderung bereits früher erfolgt. Das mit Sicherheit zu erwartende günstige Ergebnis des Etatsjahres 1891/92 ermöglicht es, zu dem richtigeren Verfahren überzugehen, ohne daß eine nachtheilige Rückwirkung auf den Haushalt der Einzelstaaten zu befürchten ist.

In der Denkschrift zu dem Hauptetat wird zunächst bemerkt, daß die Ausgaben hinter denen des Vorjahres um 139 227 889 Mk. zurückbleiben. Werden von der Gesamtausgabe die durchlaufenden Posten, wie die Ausgaben des Reichs-Invalidenfonds mit 25 453 293 Mark und die an die Bundesstaaten herauszuführenden Beträge aus den Zöllen, Tabaksteuer, Branntweinverbrauchsabgabe und Stempelsteuer im Betrage von 331 353 000 Mk., also zusammen 356 806 293 Mk., als die Höhe der Materialbeiträge und der Abschlußergebnisse des Reichshaushalts nicht beeinflussend ausgeschieden, so stellt sich für die verbleibenden fortlaufenden Ausgaben und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats der Gesamtbedarf auf 675 049 226 Mark beim der Mehrbedarf auf 46 609 686 Mk. Der außerordentliche Etat der einmaligen Ausgaben schließt mit einem Gesamtbedarf von 98 790 369 Mk. beim einem Mindestbedarf von 218 295 975 Mk. ab.

Die fortwährenden Ausgaben verteilen sich auf den Reichstag mit 390 025 Mk., Reichskanzler und Reichsanwalt 148 260 Mk., Auswärtiges Amt 9 161 415 Mark, Reichsamt des Innern 16 221 093 Mk., Verwaltung des Reichsheeres 412 550 954 Mk., Marineverwaltung 42 818 633 Mk., Reichsjustizverwaltung 1 956 156 Mk., Reichsschatzamt 336 218 420 Mk., Reichseisenbahnamt 304 090 Mk., Reichsschuld 53 861 500 Mk., Rechnungsbüro 607 583 Mk., Allgemeiner Pensionsfonds 40 905 640 Mk., Reichsinvalidenfonds 25 453 293 Mk., zu Dienstfunktionsverbesserungen 540 000 Mk., in Summe 941 135 067 Mk. Das sind 80 441 696 Mk. mehr als im laufenden Etat.

An diesem Gesamtbedarfe sind beteiligt: das Auswärtige Amt mit 309 090 Mk., und zwar hauptsächlich bei den Titeln „Gesandtschaften, Consulate und Schutzgebiete“ mit 213 000 Mk. Es sollen neu errichtet werden: ein Consulat in Nagasaki mit 23 000 Mk., in Neapel mit 19 000 Mk., im Piräus mit 16 600 Mk., in Rotterdam (bisher Viceconsulat) mit 16 500 Mk. Für einen Kanzler am Wahlconsulat in Wien werden 9000 Mark neu gefordert. Der Etat für die Remunerationen und Diäten an nicht festangestellte Beamte und Unterbediente bei den Consulaten ist um 96 000 Mk. erhöht worden. Das Gehalt des Ministerpräsidenten in Buenos Ayres soll um 3000 Mk., das des Gesandten in Lissabon um 6000 Mk. erhöht werden. Für die Gesandtschaft in Washington ist die Neuanstellung eines zweiten Legationskassiers mit 8000 Mk., für den Consul in Buenos Ayres eine Erhöhung des Dienstfunktions mit 8000 Mk. und für den Consul in Mailand um 2500 Mk. beantragt. Der Besoldungsetat des Auswärtigen Amtes ist um 61 050 Mk. erhöht, und zwar sind ausgeworfen hiervon 14 400 Mk. für einen neu anzustellenden vortragenden Rath und einen ständigen Hilfsarbeiter. Der Rest vertheilt sich auf Neuanstellungen von Subalternbeamten.

Beim Etat des Reichsamts des Innern beträgt das Mehr 7 302 424 Mk. Der Haupttheil entfällt davon mit 6 229 260 Mk. auf die Ausgaben für die Invaliditäts- und Altersversicherung. Für die Einrichtung und Unterhaltung regelmäßiger deutscher Postdampferverbindungen mit Ostafrika sind 550 000 Mk. mehr ausgeworfen, bei der Herstellung von Zufahrtswegen (Doppelmarken) für die Invaliditäts- und Altersversicherung sind 15 750 Mk. in den Etat eingestellt. Das Reichsversicherungsamt hat bei den Besoldungen ein Plus von 50 400 Mk., weil daselbst neu ein Dirigent und sieben ständige Mitglieder eingestellt werden sollen. Diese Verstärkung hängt naturgemäß mit den vermehrten Arbeiten infolge der Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung zusammen. Für die Rechnungskammer des Reichsversicherungsamtes sind 157 900 Mk. ausgeworfen, und zwar für einen Vorsteher, 3 Rechnungsbeamte, 31 Bureaubeamte, 16 Kassenreceptäre und 9 Kassenbedienten. Auch das technische Hilfspersonal der physikalisch-technischen Reichsanstalt soll eine Vermehrung erfahren, wofür 15 750 Mk. erfordert werden. Im statistischen Amt sollen 5 Secretärstellen und

41 Affistentenstellen neu geschaffen werden, wofür 111 750 Mk. erforderlich sind.

Der Etat der Verwaltung des Reichsheeres schließt mit einem Mehrbedarfe von 25 754 707 Mk. hauptsächlich kommen dabei in Betracht: die Geldverpflanzung der Truppen mit 6 267 883 Mk., wovon 3 444 500 Mk. für Dienstprämien für Unteroffiziere sich in Anrechnung befinden. Das andere Plus bei diesem Kapitel ergibt sich zumest aus den nummehr für ein volles Jahr ausgetragenen Ansätzen für die im Vorjahre beschlossene Vermehrung der Präsenzstärke. Ferner sind für das Artillerie- und Waffengewesen 7 034 465 Mk. mehr ausgeworfen. Es sind nämlich die Ansätze zur Beschaffung, Erhaltung und Verwaltung der Munition, sowie zu den Schießübungen der Artillerie in Folge der Aenderungen und Fortschritte auf dem Gebiete des Munitionswesens allein schon um 6 605 882 Mk. erhöht worden. Nicht eingeschlossen ist hierbei der Mehrbedarf zur Beschaffung der Patronepatronen für das neue Gewehr und der Manöver-Cartouchen der Artillerie. Die Ansätze hierfür sind, da bei den noch schwebenden Versuchen zur Ermittlung eines billigen, rauchschwachen Manöverpatrons eine dauernde feste Etatsdotierung des Fonds zur Zeit nicht möglich ist, unter die einmaligen Ausgaben eingestellt worden. Bei dem Kapitel „Ankauf von Remontepferden“ sind 2 337 611 Mk. mehr ausgetragt, davon entfallen 2 064 286 Mk. auf die Gewährung von Pferdegeldern. Für das Garnisonverwaltungs- und Servicewesen sind 1 047 450 Mk. und für die Naturalverpflegung der Truppen 434 884 Mk., für Bekleidung und Ausrüstung der Truppen 482 997 Mk., für das Militär-Erziehungs- und Bildungswesen 418 054 Mark mehr ausgeworfen.

Der Etat der Verwaltung der kaiserlichen Marine weist bei den fortwährenden Ausgaben ein Plus von 4 424 801 Mk. auf. Das Hauptplus entfällt hier auf die Indiensthaltung der Schiffe und Fahrzeuge mit 1 831 900 Mk., ferner auf den Werftbetrieb mit 1 748 466 Mk., auf die Naturalverpflegung mit 489 450 Mk. u.

Endlich ist noch zu erwähnen, daß für Dienstfunktionsverbesserungen diesmal 540 000 Mk. neu in den Etat eingestellt werden sollen, und zwar, da die Erhöhungen wegen Bemilligung von Stellenzulagen an Beamte noch nicht zum Abschluß gekommen sind, ist dieser Betrag in gleicher Höhe wie im zweiten Nachtragsetat von 1890/91 ausgetragt.

Was nun die einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat betrifft, so haben dieselben sich insgesamt um 1 373 610 Mk. vermindert. Mehr werden gefordert zunächst von der Marineverwaltung 7 221 130 Mk. Es sind nämlich in Aussicht genommen Neubau von 3 Panzerschiffen mit 3 500 000 Mk., Neubau eines Kreuzers 500 000 Mk., Bau eines Avisos 1 000 000 Mk. Für die Herstellung von Torpedobooten sind 2 200 000 Mk. ausgeworfen; von den älteren Torpedobooten sind 6 wegen Unbrauchbarkeit aus den Listen gestrichen, 6 andere können höchstens noch bis zum Schluß 1891 Verwendung finden. Es ist zunächst der Bau von 8 Ersatz-Torpedobooten mit insgesamt 3 280 000 Mk. in Aussicht genommen. Für die artilleristische Armierung der im laufenden Etat bewilligten zwei neuen Panzer-corvetten sind 800 000 Mark ausgeworfen. Für die Herstellung elektrischer Beleuchtungsanlagen auf der Werft von Danzig sind 100 000 Mk., für die Erweiterung eines Dienstgebäudes für das Ober-Commando der Marine, welches bisher in gemieteten Räumen untergebracht ist, sind 1 025 000 Mk. ausgetragt. Die Gesamtausgaben für Schiffsbauten sind in dem neuen Etat auf 35 250 000 Mk. veranschlagt, davon sind 10 Millionen aus den ordentlichen Einnahmen, der Rest aus der Anleihe zu decken.

Die einmaligen Ausgaben des Reichsamts des Innern sind mit 1 632 778 Mk. höher eingestellt, und zwar kommt dieses Plus in erster Reihe für die Erweiterung eines Dienstgebäudes für das Reichs-Verkehrsamts mit 1 900 000 Mk. in Betracht. Das Dienstgebäude soll Königin-Augustastrasse 25–27 errichtet werden. Da verschiedene Minderausgaben sind, so erscheint dieses vorangegebene Plus nicht in voller Höhe in der Schlußziffer des Etats.

Die einmaligen Ausgaben der Post- und Telegraphenverwaltung sind mit einem Mehr von 541 892 Mk. ausgetragt. Es sollen hergestellt werden neue Dienstgebäude in Baden-Baden, Brandenburg a. S., Braunschweig, Colmar, Demmin, Dierdorf, Eberswalde, Jomburg v. d. S., Jöhöhe, Königshütte, Eberswalde, Memel, Rortheim, Posen, Pommern, Stettin, Weidenburg, Wittenberg, Altona. Neue Grundstücke sollen erworben werden zur Vergrößerung des Postgrundstückes-Complexes in der Leipziger- und Mauerstraße in Berlin, in Frankenstein, Goslar, Guben, Hannover, Reichenbach.

Die einmaligen Ausgaben der Reichsjustizverwaltung sind mit 500 000 Mk. höher veranschlagt und zwar ist die 5. Rate für die Errichtung des Dienstgebäudes des Reichsgerichts mit 650 000 Mk. gegen die 4. im laufenden Etat mit 150 000 Mk. um die angegebene Summe erhöht.

Die einmaligen Ausgaben für die Reichsschuld sind mit 10 242 500 Mk. erhöht, und zwar ist die hier in Ansatz gebrachte einmalige Ausgabe erforderlich, um die am 1. April postnumerando fälligen Zinsen der 4 procentigen und 3½ procentigen Reichsschuld künftig noch für das vorausgegangene Etatsjahr verrechnen zu können.

Diesen Mehrbedürfnissen bei den einmaligen Ausgaben steht ein Minderbedarf von 20 193 738 Mk. zur Deckung von Fehlbeträgen aus früheren Jahren gegenüber. Das Etatsjahr 1889/90 hat bekanntlich mit einem Ueberschuß von 2 Millionen geendet.

Die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats schließen mit einem Minderbedarf von 218 295 975 Mk. Beim außerordentlichen Etat erscheint das Reichsamt des Innern mit einem Plus von 5 300 000 Mk. Es entfallen 5 400 000 Mk. auf die 5. Rate für den Bau des Nordoffice-Canals. Dagegen sind 1 700 000 Mk. gegen 1 800 000 Mk. im laufenden Etat für den Bau des Reichstagsgebäudes ausgetragt. Die Marineverwaltung ist an den Mehrausgaben mit 2 357 450 Mk. beteiligt. Es entfallen hiervon unter anderen 560 000 Mk. auf Beschaffung von Geschützen, deren Zubehör und Munition für die Befestigung von Wilhelmshaven, 275 000 Mk. auf die Herstellung unterseeischer Torpedobatterien an der Küste der Nordsee, 341 000 Mk. auf den Bau von Arbeiterwohnhäusern in Friedrichsdorf. Der außerordentliche Etat der Reichseisenbahnverwaltung ist an dem Mehr mit 2 057 500 Mk. beteiligt, und zwar für Erweiterung des Bahnnetzes in Elbst-Lothringen. Das Minus bei den Ausgaben des außerordentlichen Etats entfällt dadurch, daß die Verwaltung des Reichsheeres mit 225 233 416 Mk., die Post- und Telegraphenverwaltung mit 1 900 000 Mk. weniger erscheinen.

Die Einnahmen sind veranschlagt: bei den Zöllen

und Verbrauchssteuern auf 578 753 640 Mk., d. i. ein Mehr von 41 354 500 Mk. Und zwar vertheilt sich diese Summe auf: Zölle 314 620 000 Mk. (+ 29 098 000), Tabaksteuer 10 535 000 Mk. (+ 233 000), Zucker- und Branntweinsteuer 8 306 000 Mk. (+ 962 000), Verbrauchsabgabe von Zucker 52 513 000 Mk. (+ 10 503 000), Salzsteuer 40 986 000 Mk. (+ 14 000), Maischottisch- und Branntweinsteuer 18 876 000 Mk. (+ 438 000), Verbrauchsabgabe von Branntwein 110 170 000 Mk. (+ 360 000), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 22 709 000 Mk. (+ 1 367 000), Ackerzinsen 3500 Mk. Die Reichstempelabgaben sind veranschlagt auf 34 506 000 Mk. (+ 4 227 000). Als neu erscheint in Einnahme ein Posten von 10 242 500 Mk. unter der Bezeichnung „Aus den Erträgen der Zölle und der Tabaksteuer für das Etatsjahr 1890/91“.

Die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung sind auf 236 008 405 Mk., das ist 17 188 895 Mark mehr als im laufenden Etat, veranschlagt. Die Ausgaben sind mit 212 217 598 Mk., also um 16 110 369 höher eingestellt, so daß ein Ueberschuß von 23 790 807 Mark (+ 10 785 282) verbleibt. Was die Mehrausgaben in dieser Verwaltung betrifft, so sind dieselben in der Hauptsache durch die Erhöhung des Bedarfs für Besoldungsweche, durch Neuanstellung und Vermehrung des Personals veranlaßt. Unter anderem sind ausgeworfen: 191 050 Mk. für neu zugehende 1020 Oberassistenten und Affistenten, 121 950 Mk. für 66 Postverwalterstellen, 206 250 Mk. für 77 Bureaubeamtenstellen, 1 669 004 Mk. für 1170 Stellen für Unterbeamte im inneren Dienst bei den Post- und Telegraphen-Aemtern im Ortsbefehlungs- und Postbefehlungs- und im Telegraphenleitungs-Aufsichtsdienst für Ortszulagen u., 337 500 Mk. für 500 neu einzustellende Landbriefträger, 892 600 Mk. für Wohnungsgeldzuschüsse, 1 400 000 Mk. für Postpraktikanten und nicht angestellte Telegraphenassistenten, 889 910 Mk. zur Verstärkung der Hilfsunterbeamtenkräfte, 349 350 Mk. für Stellvertretungskosten für Beamte und Unterbeamte, 706 000 Mk. an Mehrbedarf für die laufende Unterhaltung einer größeren Anzahl von Wagen und weiterer Ausbesserung der Bahnpostcarre und Ersatz älterer Bahnpostwagen durch neue, 1 100 000 für die Umlegung und Unterhaltung der Telegraphen- und Rohrpostlinien, 1 434 000 für die Herstellung neuer und Erweiterung bestehender Telegraphen- und Fernsprechanlagen, 930 000 Mk. für Bureaukosten, 300 000 Mk. für die Errichtung neuer Vertheilungsanlagen und 459 900 Mk. für Zuschuß zu den Kleiderkosten der Unterbeamten.

Der Ueberschuß der Reichsdruckerei ist auf 1 185 300 Mark (+ 16 095), der der Eisenbahnverwaltung auf 20 298 500 Mk. (+ 945 475) angelegt. Der Antheil am Gewinn der Reichsbank ist auf 2 600 000 Mk. (+ 1 240 000) veranschlagt.

Die Einnahme aus den Matricularbeiträgen beläuft sich auf 322 623 505 Mk. (+ 20 451 078 Mk.).

Die Einnahmen aus außerordentlichen Deckungsmitteln aus dem Reichstagsgebäudefonds betragen 1 700 000 Mk. (+ 100 000 Mk.), aus der Anleihe zu einmaligen Ausgaben für Rechnung der Gesamtheit aller Bundesstaaten 81 802 579 Mk. (+ 21 980 Mk.).

Der Präcipualbeitrag Preußens zu den Ausgaben für den Nordostseekanal ist mit 9 300 000 Mk. (+ 1 700 000) eingestellt, die Rückerstattungen auf die aus dem Reichssetzungsbaufonds geleisteten Vorstüsse 520 030 Mk. und endlich die Einnahmen für die ehemaligen Setzungsgrundstücke von 10 000 000 Mk.

Insgesamt betragen die Einnahmen 1 130 645 888 Mk., davon 98 790 369 Mk. aus außerordentlichen Deckungsmitteln.

Zur Vertheilung an die Bundesregierungen ist von den Reicheinnahmen für 1891/92 der Betrag von 331 353 000 Mk. vorgegeben, und zwar sollen erhalten: Preußen 220 267 610 Mk., Bayern 38 331 530 Mk., Sachsen 22 503 060 Mk., Württemberg 14 099 910 Mk., Baden 1 314 870 Mk., Hessen 6 765 140 Mk., Mecklenburg-Schwerin 4 067 460 Mk., Sachsen-Weimar 2 220 220 Mk., Mecklenburg-Strelitz 965 690 Mk., Oldenburg 2 415 250 Mk., Braunschweig 2 693 970 Mk., Sachsen-Meinungen 1 519 660 Mk., Sachsen-Altenburg 1 141 840 Mk., Sachsen-Coburg-Gotha 1 406 120 Mk., Anhalt 1 755 030 Mk., Schwarzburg-Sondershausen 520 530 Mk., Schwarzburg-Rudolstadt 532 890 Mk., Waldeck 400 090 Mk., Reuß a. C. 395 350 Mk., Reuß i. C. 782 150 Mk., Schaumburg-Clippe 283 100 Mk., Lippe 871 350 Mk., Lübeck 478 470 Mk., Bremen 1 171 320 Mk., Hamburg 3 667 310 Mk., Elbst-Lothringen 1 063 080 Mk.

Zum Militäretat.

Inwieweit die Gerichte, daß neben der Mehrforderung von 25 Mill. im Militäretat noch eine besondere Militärvorlage zu erwarten sei, sich bestätigen, hat sich bisher noch nicht feststellen lassen. Die frühere Ankündigung, daß im Etat die in der letzten Session abgelehnte Erhöhung der Gehälter der Secondlieutenants aufwärts bis zum Hauptmann 1. Klasse beantragt werden solle, findet in der Vorlage keine Bestätigung, wohl aber sind an Dienstprämien für Unteroffiziere ca. 3½ Mill. Mk. eingestellt. Die bezügliche Forderung im letzten Militärgesetzentwurf war, wie erinnert, bis zur Staatsberatung zurückgestellt worden.

Der Kaiser auf dem parlamentarischen Diner beim Reichskanzler.

Von den von uns bereits in unseren Telegrammen erwähnten Gesprächen, die der Kaiser neulich auf dem parlamentarischen Diner beim Reichskanzler, wogangs auf dem Sopha sitzend und eine Cigarre rauchend, mit der ihn umgebenden Corona gepflogen, wissen Berliner Blätter noch folgendes Nähere zu erzählen:

Das Gespräch knüpfte zunächst an die Berathungen und Beschlüsse der Arbeiterdank-Commission des Reichstages an, wendete sich sodann zu dem Verhalten der Socialdemokratie nach Aufhebung des Socialistengesetzes und den wahrcheinlichen Folgen ihrer Bestrebungen, auf dem platten Lande Fuß zu fassen. Der Kaiser ließ dabei erkennen, daß er die von den Vorlagen der Reichsregierung etwa abweichenden Beschlüsse der Commission beim. des Plenums des Reichstages zunächst der eingehenden Prüfung unterzogen wissen wolle, bevor von den verbündeten Regierungen Stellung zu denselben genommen werde. Die Erörterung der Frage, welche Bedeutung die Consumvereine für das Wohl der Arbeiter haben, führte unmittelbar über zu der Frage der Steuerreform, da bekanntlich in dem dem Abgeordnetenhaus vorliegenden Entwürfen die Befreiung der Consumvereine in Aussicht genommen ist, welche ihren Betrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus ausdehnen. Der Kaiser zeigte lebhaftes Interesse für das Zustandekommen der Reform-

gehe und bewies bei der Erörterung eine eingehende Kenntniß der Entwürfe sowohl wie der Verhandlungen. Der Kaiser nahm mit augenscheinlicher Befriedigung die übereinstimmende Erklärung der an dem Gespräch beteiligten Mitglieder des Abgeordnetenhauses entgegen, daß allseitig die größte Bereitwilligkeit bestehe, mit der Staatsregierung zu einer raschen Verständigung über die vorliegenden Entwürfe zu gelangen. Zwischen diesen beiden Hauptthesen der Erörterung flossen sich epifodenartige Betrachtungen über die evangelische Kirchenpolitik, bei denen sich der Kaiser sehr entschieden gegen alle auf Verhinderung des landesherrlichen Summepiscopats gerichtete Bestrebungen und gegen eine Ueberwucherung der Dogmas gegenüber den praktischen und ästhetischen Aufgaben der Kirche aussprach. ... Von den anderen an der Unterhaltung Beteiligten führte das Wort am meisten Minister Miquel; aber auch mit allen übrigen Theilnehmern der Unterhaltung wurde mehrfach Rede und Gegenrede gewechselt.

Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erwies sich der Kaiser über den Inhalt, insbesondere der Einkommensteuervorlage, genau informiert und hatte auch bereits eingehendste Kenntniß von den beiden ersten Tagen der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über diese genommen. Der Kaiser sprach seine Befriedigung aus über die sachliche Art, in welcher das Haus jene Vorlage discutirt habe, und anerkannte die an denselben geübte sachliche Kritik; solche wünsche er. Einer der Gäste betonte darauf, wie man allseitig darüber erfreut sei, an allerhöchster Stelle solcher Auffassung zu begegnen, welche in der früheren Zurückweisung auch sachlicher Einwände in dankenswerthem Gegensatz stehe.

Während die „Nordd. Allg. Ztg.“ ferner im Widerspruch mit der „Nat.-Ztg.“ behauptet, der Kaiser habe bei dem vorgestrigen parlamentarischen Diner Herrn Dr. Windthorst nach seinem Befinden erfragt und mehrfach das Wort an denselben gerichtet, schweigt die „Germania“ sich über diesen Punkt aus, bemerkt aber, daß Hr. Windthorst sowohl als Dr. Stabslinski längere Unterredungen mit dem Reichskanzler gehabt hätten. Auf der anderen Seite hat die „Norddeutsche“ nicht eine Silbe von den interessantesten Äußerungen des Kaisers über die Vorgänge auf der brandenburgischen Provinzialsynode und über die dogmatischen Streitigkeiten, die doch ein so helles Licht auf die Entlassung des Hrn. Stöcker aus seinem Hofpredigeramt werfen, in Erfahrung gebracht.

Änderung des gerichtlichen Zustellungswezens.

Der Reichstag hat kurz vor seiner Vertagung auf Grund einer Commissionsberathung eine Resolution gefaßt, welche eine Aenderung der Bestimmungen über das gerichtliche Zustellungswezen fordert und dieselbe für so dringlich erachtet, daß sie bis zu einer allgemeinen Revision unserer Civilprozeßordnung nicht verschoben werden könne. Die Reichsregierung steht der Resolution nicht unsympathisch gegenüber und es sind, der „Staat.-Corr.“ zufolge, im Reichsjustizamt Vorarbeiten im Gange, welche eine Verminderung der Diebstahlthatigkeit des Zustellungswezens wie seiner Kosten ins Auge fassen. Ob die betreffende Vorlage so weit gefördert werden kann, daß sie dem Reichstage noch in nächster Session zugehen wird, ist zur Zeit noch eine offene Frage.

Revision des Markenschutzgesetzes.

Im Reichsamt des Innern wird eine Revision des Markenschutzgesetzes vom 30. November 1874 vorbereitet. Nachdem unsere Patent- und Muster-schutzgesetzgebung in nächster Session des Reichstages einer Umgestaltung ebenfalls unterzogen wird, so ist der ganze Rechtschutz in Bezug auf das gewerbliche Eigenthum einer Reorganisation unterstellt, wie solche aus Industriellen- und Handelskreisen schon mehrfach befürwortet worden ist.

Zum Ableben des Königs von Holland.

In der gestrigen Sitzung der zweiten holländischen Kammer im Haag waren sämtliche Minister anwesend. Nach Verlesung der den Tod des Königs anzeigenden Botchaft erhoben sich alle Mitglieder. Hierauf gab der Präsident Beelaerts van Blokland dem tiefen Schmerze über das Hinscheiden des Königs Ausdruck, der in allen Tagen die Freiheiten und constitutionellen Rechte aufrechterhalten habe. Der Präsident schloß mit den Worten: „Ehren wir das Andenken des Königs, indem wir den beiden Königinnen unsere Anhänglichkeit bezeugen, die uns derselbe als ein kostbares Unterpfand dafür hinterlassen hat, daß sich die nationale Einheit durch gegenseitiges Entgegenkommen befestigt. Die Volksvertretung wird sich bemühen, die Wege der beiden Königinnen zu ebnen und ihnen die Lösung ihrer Aufgabe zu erleichtern.“

Hierauf wurde die Sitzung zum Zeichen der Trauer geschlossen. — Die Beileidsadresse wird heute berathen werden.

Die Einfargung der Leiche des Königs erfolgte gestern Abend in Schloß Loo; die Königin wohnte derselben nicht bei. Die Anlegung der Siegel an den Sarg durch den Justizminister erfolgt heute, die feierliche Bestattung der Leiche ist auf den 4. Dezember festgesetzt.

Zu den Befestigungsfestlichkeiten wird eine Reihe fremder Fürstlichkeiten im Haag eintreffen, zuerst die Großherzogin von Weimar, eine Schwester des Verstorbenen, sodann der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz und auch der Großherzog Adolf von Luxemburg, der seine gestern ausgesprochene Absicht, erst nach Luxemburg zu kommen, aufgegeben und beschloßen hat, sich direct nach dem Haag zu begeben. Die französische Regierung wird sich bei den Befestigungsfestlichkeiten durch einen Specialgesandten vertreten lassen. Ferner begiebt sich eine Officiersdeputation des in Düsseldorf garnisonirenden 2. westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 11, dessen Chef der König von

Holland war, zu der Befestigung nach dem Haag. In Wien ist in Folge des Ablebens des Königs von Holland eine zehntägige Hoftrauer angeordnet worden.

Aus Luxemburg wird schließlich gemeldet, gutem Vernehmen nach sei dem Großherzog Adolf ein Handschreiben des Kaisers Wilhelm mit Glückwünschen zur Thronbesteigung zugegangen.

Ueber Emin Pascha

ist eine seltsame Nachricht eingetroffen. Dieselbe lautet:

Professor Noack in Braunschweig erhielt Briefe Emin Paschas, datirt aus Tabora Mitte August. Danach befand sich Emin damals ganz wohl und beabsichtigte, in 4 bis 5 Tagen nach Urambo und von dort eventuell nach dem Tanganjika-See zu marschieren.

Das letztere widerspricht allem, was bisher über das Ziel des Emin'schen Zuges bekannt geworden ist. Aus früheren Äußerungen Emin's, sowie aus dem Munde Wissmann's wußte man, daß Emin zum Victoria-Nyanja marschieren würde, um dort eine Station anzulegen, die deutsche Autorität unter den dortigen Stämmen aufzurichten, Handelsverbindungen anzuknüpfen und den Dampfertransport zum Victoria-See vorzubereiten, der im nächsten Jahre vor sich gehen soll. Auch wurde bereits verschiedentlich gemeldet, daß Emin zu diesem Zwecke von Tabora aus den Marsch nordwärts nach der Landschaft Usukuma am Südober des Victoria-Sees angetreten habe, und man war zu der Annahme berechtigt, daß er längst in Usakala oder Sagel eingetroffen sei und sich dort eingerichtet hätte. Nun liegt aber Urambo, welches Emin in dem obigen Briefe als sein nächstes Reiseziel bezeichnet, nicht auf der Route nach Usukuma, nicht nördlich, sondern direkt westlich nach Tabora auf dem Wege nach Udschidschi am Tanganjika. Zwar ist der Weg von Urambo zum Tanganjika noch ebenso weit wie zum Victoria-See, und da Emin seiner Mittheilung die Einschränkung „eventuell“ hinzufügt, ist es noch nicht ausgeschlossen, daß er nicht doch hier die Marschrichtung gewechselt und statt westwärts zum Tanganjika vielmehr dem ursprünglichen Programm treu sich nordwärts zum Victoria-See gewendet hat. Jedenfalls aber ist Emin's Nachricht nicht geeignet, Klarheit über Zweck und Ziel seines Zuges zu schaffen, so daß weitere Aufklärungen jetzt mehr als je abzuwarten bleiben.

Einigung in Tefsin

Der Bundescommissar Künzli meldet telegraphisch aus Bellinzona, es habe auch im Großen Rathe eine Einigung stattgefunden; der Vorschlag des Commissars betreffend die Eintheilung der Wahlkreise in Tefsin für die Wahlen zum Verfassungsrath sei mit einer einzigen Abänderung angenommen worden. Noch im Laufe dieser Woche werde das Decret betreffend die Wahl für den Verfassungsrath beraten werden.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus

wurde gestern die Beratung des Cultusbudgets fortgesetzt. Dabei erklärte der Geistliche Auditor im Namen der katholischen Geistlichen, daß sie dem Februar-Erlaß nicht gehorchen würden, weil das ihren Geistespflichten widerspreche. Auditor richtete im Fortgang seiner Rede so heftige Angriffe gegen die Regierung, daß er zur Ordnung gerufen wurde.

Die italienischen Wahlen.

Den neuesten Nachrichten aus Rom zufolge sind jetzt 455 Wahlergebnisse bekannt; davon entfallen 357 auf Mitglieder der Regierungspartei, 10 auf Personen von ungewisser Parteilichkeit, 25 auf Mitglieder der oppositionellen Linken, 10 auf solche der oppositionellen Rechten, 41 auf Radicale und 7 auf Socialisten. Außerdem sind 5 Stichwahlen erforderlich. Die Ministeriellen zählen also schon jetzt 17 Mitglieder mehr als in der vorigen Legislaturperiode.

Zum neuen französischen Zolltarif.

Die Subcommission des Zollauschusses der französischen Kammer erhöhte den Zoll auf geschlachtetes Hammelfleisch von 28 auf 32 Frs. für 100 Kilo und beschloß 20 Frs. Zoll für verarbeitetes Schweinefleisch, 16 Frs. für eingepökeltes und geräucheretes Schweinefleisch, 50 Fr. für Fleischpfeifen, 27 Frs. für eingepökeltes Rindfleisch. Die Zölle für Fleischconserven in Büchsen, für Fleischertracht und Bouillons wurden von 8 auf 15 Frs. erhöht.

Pariser Exporteure und Commissionshäuser haben beschlossen, einen Protest an das Parlament zu richten gegen dessen protectionistische Tendenzen, insbesondere gegen die Zölle auf Rohmaterial.

Parnell.

In einer gestern Nachmittag in London stattgehabten Versammlung der parnellistischen Deputierten des Unterhauses wurde einstimmig Parnell als Präsident der nationalirischen Partei wiedergewählt, und Parnell hat die Wahl angenommen. In Folge dieses Beschlusses solle Gladstone beschließen haben, ein Amendement zu der Adresse nicht zu unterstützen und nach Harwarden zurückzukehren, wofür er bis Neujahr verbleiben würde. Ein heute eingetroffenes Telegramm bestätigt, daß Gladstone in der That an Parnell's Verbleiben Anstoß nimmt. Dasselbe lautet:

London, 26. Nov. (M. T.) Gladstone richtete ein Schreiben an Morley, in welchem er ausführt, das Verbleiben Parnell's in der irischen Partei sei verderblich und mache die Leistung der Liberalen durch Gladstone werthlos. Nach der Wiederwahl Parnell's durch die irische Deputation und der Annahme der Wahl seitens Parnell's übermittelte Gladstone dieses Schreiben der Presse. Unter den Liberalen der Kammer herrscht Befürchtung.

Diese Befürchtung ist allerdings gerechtfertigt. Denn wenn Parnell trotz Gladstone's Widerspruch bleibt und Gladstone auf seiner Meinung verharret, so wäre der Bruch zwischen Gladstonianern und Parnellisten definitiv, und daraus würden sich unabsehbare, für die Liberalen verhängnisvolle Folgen ergeben, die um so bedauerlicher wären, als gerade in der letzten Zeit, wie zahlreiche Nachrichten beweisen haben, Gladstone's Stern wieder in erfreuliches Steigen gerathen war. Auf die Weiterentwicklung der Dinge darf man unter diesen Umständen sehr gespannt sein.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 25. November.
Erste Beratung des Erbschaftsteuergesetzes.
Geh. Rath Richter: Gegenüber der angeführten Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ascendenten,

Descendenten und Ehegatten will ich nur auf einige wesentliche Verbesserungen des Entwurfs in anderer Beziehung hinweisen. Bei bedingten Schenkungen hat das Reichsgericht immer entschieden, daß die Steuer sofort zu entrichten ist. In dem Entwurf ist wie in unserer bisherigen Praxis das Princip verfolgt, daß die Steuer erst entrichtet wird, wenn die Bedingungen erfüllt sind. Ferner gehören Befragungen, welche außerhalb des Landes liegen, nicht zur Erbschaftsteuerpflichtigen Masse. Wohnt aber der Erbe inländischer Grundstücke außerhalb des Landes, soll er an die Steuer gebunden sein. Auch bezüglich des Zinsfußes weist der Entwurf besondere Vorzüge auf. Während derselbe in vielen Staaten 5 Proc. beträgt, nimmt das im vergangenen Jahre erlassene elsässisch-lothringische Erbschaftsteuergesetz, dem auch wir gefolgt sind, einen solchen von 4 Proc. in Anspruch.

Abg. Witthoff (nat.-lib.): Erst wenn der Reformplan im Uebrigen erfüllt ist, wird die Erbschaftsteuer eingeführt werden können. Falls aber später eine Erbschaftsteuer eingeführt werden sollte, könnte man dieselbe noch viel ertragreicher machen, als nach dem vorliegenden Entwurf. Prüfen hat eine ziemlich niedrige Einnahme aus dieser Steuer, 19 Pf. pro Kopf, während in den anderen deutschen Staaten 29 Pf. pro Kopf einkommen und in anderen Staaten sehr viel höhere Einnahmen, nämlich in Frankreich 2,85 Mk., in England 4,37 Mk. pro Kopf. Daß aber die Erbschaftsteuer auf die Ascendenten und Descendenten und die Ehegatten ausgedehnt werden soll, erscheint nicht notwendig. Andere Erbschaften haben ja den Charakter eines zufälligen Vermögenszuwachses, während die direkte Erbschaft ein Ausfluß der Blutsverwandtschaft ist. Hier würde eine Steuer der in großen Theilen der Bevölkerung herrschenden Anschauung widersprechen.

Abg. Richter: Zu den vorhandenen technischen Verbesserungen könnte man noch mehrere neue fügen. Die steuerfreie Erbschaftsmasse, die bisher bei 150 Mk. aufhörte, kann entsprechend den veränderten Geldverhältnissen heraufgesetzt werden, etwa bis 300 Mk. Die Unannehmlichkeiten, die die Behörden bisher gehabt, stehen in keinem Verhältniß zu der Steuereinnahme. Ferner ist die Steuerfreiheit bei Erbansätzen zur todtten Hand in dem vorliegenden Maße weder wirtschaftspolitisch noch steuerpolitisch gerechtfertigt. Solche Erbschaften entziehen sich ja naturgemäß in Zukunft auch dem Verkaufsstempel. Die Fideicommissare sind bei der Erbschaftsteuer besonders begünstigt. Ein Fideicommissar im Alter von 45 Jahren hat bisher kaum die Hälfte an Steuer zu zahlen, als ein anderer Erbe. Bei höherem Alter wird die Ungerechtigkeit noch größer, da mit der Wahrscheinlichkeit einer kürzeren Lebensdauer die Steuer sich in nachdem Maße ermäßigt. Auch socialpolitisch kann eine Begünstigung und Vermehrung der Fideicommissare nicht wünschenswert erscheinen. Man erspart dadurch dem kleinen Manne auf dem Lande die Möglichkeit des eigenen Bestehens, und doch ist es erwiesen, daß die Socialdemokratie den ungünstigsten Boden bei denen findet, die etwas zu verlieren haben. Als Grund für die Begünstigung der Brennerellen im Osten wird der dürrige Sanboden angeführt, der sonst die Möglichkeit einer Ernährung der Bevölkerung nicht gewähre. Der Finanzminister führte darauf die Auswanderung zurück. Das Hauptcontingent der Auswanderung stellen die, welche nichts besitzen, weil es ihnen schwer fällt, Besitz zu erwerben, dem Ueberwiegen des Großgrundbesitzes, das noch künstlich verstärkt wird durch den Fideicommissar. Die Gesetzgebung hat kein Interesse, seine Bildung zu begünstigen, am wenigsten in steuerpolitischer Beziehung. Die Fideicommissare entziehen sich aber erheblich der Erbschaftsteuer, sowie dem Kaufstempel. Allerdings ist die Errichtung eines Fideicommisses mit einer Stempelgebühr von 3 Prozent belastet, ein Betrag, der bei dem ersten Erbgang jedoch wieder ausgeglichen wird. In zwei Fällen soll activen Ministern, welche Fideicommissare gestiftet haben, der Stempel durch königliche Ordre erlassen sein. Ich bitte um Auskunft, ob wirklich dem Minister v. Lucius bei der Bildung eines Fideicommisses im Gnadenwege auf Vorschlag des Staatsministeriums der Stempel von 3 Proc. erlassen worden ist. Wenn es sich nur um eine Million dabei handelte, so wäre das eine Schenkung von 30 000 Mk. seitens des Staatsministeriums an einen Collegen. Ist die Nachricht begründet, so bitte ich um Mittheilung der rechtlichen Gründe eines solchen Steuerdispenses. Ist das Staatsministerium aus Grund irgendwelcher Cabinetsordre zu Steuerdispensationen aus irgend welchen Gründen befugt, so müssen wir in allen diesen neuen Steuererlassen ein solches Dispensationsrecht absolut ausschließen. Mit dem „gleichen Recht für Alle“ vertritt es sich nicht, daß einzelne sehr wohlhabende Leute von der allgemeinen Steuerpflicht dispensirt werden können. — Der Finanzminister sagte gestern, es gäbe keine offizielle Presse, die berufen sei, die Regierung zu vertreten, und für welche die Regierung verantwortlich sei, mit Ausnahme des „Reichs-Anzeigers“. Das wäre eine offizielle Presse, und die ist allerdings außer dem „Reichs-Anzeiger“ nicht vorhanden. Das Charakteristische der offiziellen Presse ist aber, daß sie, obwohl sie die Regierung nicht zu vertreten berufen ist, gleichwohl Nachrichten allein vor anderen Zeitungen veröffentlicht hat. Thatsächlich sind, während aus dem Munde des Innern und des Unterrichts absolut vor Einbringung dieser Vorlagen nichts in die Öffentlichkeit darüber gelangt ist, aus dem Finanzministerium wesentliche Stücke der Steuerreform Monate vorher bekannt geworden. Sogar die einzelnen Stadien der Verhandlungen darüber liegen sich erkennen. Mir erfuhren, daß der Finanzminister den Erbschaftsteuervorschlag auf 1 % festgesetzt hatte, das Staatsministerium ihn aber auf 1/2 % herabsetzte, sowie daß der Finanzminister nicht den Landrath, sondern den Steuer-Inspector als Vorsteher der Veranlagungs-Commission haben wollte und das gesamte Ministerium erst gegen seinen Willen den Landrath einschickte. Danach ist dann wohl der Text des Gesetzes geändert worden, aber nicht die Motive, und so sprechen die Motive gegen den Landrath als Vorstehenden. (Heiterkeit.) Ich weiß zwar nicht, ob gerade Herr Schweinburg, der bekannte Gegner des Herrn v. Schöps, als eifernes Inventar von dem neuen Finanzminister mit übernommen ist (Heiterkeit), aber wenn solche Mittheilungen durch einen Mißbrauch des Amtsgeheimnisses in die Presse gekommen wären, hätte man das doch nicht wochenlang geduldet. So kann es nur mit Wissen und Willen des Finanzministers selbst geschehen sein. Der Ministerpräsident hat sein Programm streng eingehalten, an seiner Stellung zur offiziellen Presse habe ich nichts auszuweisen. Der Finanzminister und der Abg. Saffler warfen der „Frei. Zeitung“ vor, sie hätte den Finanzminister als „Steuerheppler“ bezeichnet. Dieser Ausdruck kommt absolut in der „Freiwilligen Zeitung“ nicht vor. Ein etwaiger Mehrertrag der neuen Erbschaftsteuer soll ja auch für Staatsausgaben verwendet werden. Eine Ueberweisung von Mehrerträgen an die Communalverbände ist durchaus nicht gleichbedeutend mit einer Entlastung der Steuerzahler. Ein Kreiszeitungsmitglied aus dem Kreise Gattlingen (Reg.-Bez. Arnsberg) schreibt mir über die Verwendung der nach der lex Suene überwiesenen Beträge: Im Kreisjahr für 1888/89 seien 6000 Mk. in Aussicht genommen worden, 19 854 Mk. wurden thatsächlich gezahlt. Der Ueberschuß von 13 854 Mk. wurde verwendet zur außerordentlichen Schuldenentlastung, obwohl die Schulden des Kreises das active Vermögen nicht übersteigen, zur Erhöhung des Mobiliationsfonds und für ein Kaiser Wilhelm-Denkmal. Im folgenden Jahre waren 11 100 Mk. in Aussicht vorgesehen, überwiesen wurden 42 802 Mk. Der Ueberschuß wurde wieder in ähnlicher Weise wie vorher verwendet. Proteste der städtischen Vertreter im Kreistage nützten gegenüber den Vorschlägen des Herrn Landraths nicht. Sie sehen, das Mehr an Steuern führt zu einer Vertheilung. (Widerwärtig rechts.) Das hat auch Herr v. Bennigsen im Reichstage für seinen hannoverschen Kreis wirklich bestätigt. Ich wünschte, daß uns endlich die Statistik über die Verwendungen aus der lex

Suene mitgetheilt würde. Ich will mich sehr freuen, wenn das Ministerium, das ich dem Finanzminister in gewissem Sinne entgegenbringe, sich im Laufe der Zeit mildert und es Herrn Miquel beschiden wäre, die Steuerreform einst zu günstigerem Abschluß zu bringen, als es z. B. dem Minister v. Patow gelungen ist, der die Einkommensteuer im Interesse der Militärorganisation erhöhte.

Minister Miquel: Die Schwäche des Programms des Herrn Richter und vieler seiner Freunde ist, daß sie über die ihnen nicht gefallenden Einnahmen leicht hinweggehen, die Steuern erlassen, aber keine Bilanz ziehen in Bezug auf die Ausgaben. Sie wollen alle möglichen Zölle aufheben und bieten als Ersatz die Befreiung des sogenannten Brennerprivilegiums und die Reform der Zuckersteuer, nicht durch Erhöhung derselben, sondern lediglich durch Befreiung der Prämien. Früher war man nicht geneigt, neue Ausgaben zu bewilligen; jetzt besteht ein fortwährendes Anstreben der Regierung zu neuen Ausgaben. Die Ueberweisungen sollen nicht richtig verwendet werden. Das sagt Hr. Richter in dem Augenblick, wo er für die Selbstverwaltung eintritt. Soll der Staat in die Selbstverwaltung der Communen eingreifen, weil einige Communen etwas Thätiges thun? Wenn aus den landwirtschaftlichen Zöllen selber überwiesen werden, so weiß ich nicht, wie man bestreiten kann, daß darin eine Gleichrichtung liegt. Hr. Richter hat seine Behauptung über die offizielle Presse etwas eingeschränkt. Der Minister, der seine Reformabsichten entwirft, sieht, daß das Recht, die öffentliche Meinung zu klären, durch Mittheilung von Dingen, die keine Staatsgeheimnisse sind, amtliche Mittheilungen sind nicht in die Presse gekommen. Hr. Richter ist nebenbei auf die Erbschaftsteuer eingegangen. Wenn die Einnahmevermehrung fällt, so hätte die Abstellung der anderen Mängel keine Eile. Da die Vorlage aber einmal da ist, kann sie wohl erledigt werden ohne große Belastung des Hauses. Hr. Richter hat andere Änderungen vorgeschlagen, und zwar sehr bedeutende Punkte, die wohl sehr schwierig zu lösen sind. Die Frage der todtten Hand in Erbschaft zu bringen, davon würde ich dringen abzuhalten; ebenso liegt es mit der Fideicommissfrage. Man kann über die Fideicommissfrage zweierlei Meinung sein. Bestehen sie aber einmal, so muß man sie auch bei der Erbschaftsteuer ihrer Stellung entsprechend behandeln. Die an mich gestellte Frage wegen des Erlasses des Fideicommissstempels für Erbm. v. Lucius kann ich jetzt nicht beantworten. Ich habe davon keine Kenntniss. Auch die Erhöhung des steuerfreien Betrages von Erbschaften ist möglich. Jedemfalls werden sich alle diese Fragen in der Commission besser erledigen lassen, als im Plenum. (Beifall rechts.)

Abg. v. Rauchhaupt (cons.) erklärt sich mit großer Bestimmtheit gegen die Besteuerung des an Ehegatten und Kinder fallenden Nachlasses, empfiehlt dagegen die Beratung der übrigen Punkte der Vorlage in einer Commission und tritt dann den Ausführungen Richters, namentlich über die Fideicommiss, entgegen. Die Fideicommiss sichern das Fortbestehen eines in geheimer Lage befindlichen Grundbesitzes. Nur ein unverheirateter Großgrundbesitzer könne seine großen Aufgaben erfüllen.

Abg. Richter: Der Finanzminister meinte, ich biete einen Pfennig und verlange dafür einen Thaler Steuererlaß, und exemplificirt dabei auf den Antrag, den ich im Reichstage eingebracht habe. Dieser Antrag stellt aber 40 Mill. aus den Brennerprivilegien und 20 Mill. Zuckerausfuhrprämien zur Verfügung. Dazu bieten die Ueberlässe im Reich, wie in Preußen Geld zu Steuererlassen. Endlich wird eine theilweise Aufhebung der Zölle bei manchen Artikeln eine Mehreinnahme mit sich bringen. Mein Verlangen ist also keineswegs ein leichtfertiges Vorgehen ohne Rücksicht auf die Finanzverhältnisse. Gegen niemanden ist auch der Vorwurf ungerechtfertigter als gegen mich, daß ich mir nicht bei Bewilligung von Ausgaben der Verantwortlichkeit in Bezug auf die Einnahmen bewußt sei. Ein Hauptziel meiner parlamentarischen Thätigkeit bestand darin, den Ausgabebetrag möglichst niedrig zu halten. Ich habe auf das äußerste dagegen protestirt, daß Millionen nach Afrika wandern. Ich bin gegen die Mehrforderungen für kirchliche Gesellschaften eingetreten und erkläre mich schon jetzt gegen die Forderung von 22 Mill. für den Dombau in Berlin. Bei der Beamtensoldatensfrage bin ich in der Commission fast fiscalischer aufgetreten als der Fiskus und habe betont, der Staat müsse so gezogen werden, daß aus den Befoldungsverbesserungen nicht die Forderung einer Steuererhöhung im Reich und Preußen hervortrete. Mit jedem Jahre bin ich aber in diesem Bestreben nach sparsamer Wirtschaft ohnmächtig geworden in Folge des Systems, Steuern auf Vorrath zu bewilligen, und ich mache Herrn Miquel zum Vorwurf, daß er diesem System gebient hat. Dieses Bewilligen auf Vorrath ruiniert das Ausgabebewilligungsrecht. Deshalb ist gerade die Quotification der direkten Steuern eine finanzpolitisch wichtige und für die Sparsamkeit entscheidende Frage. Herr Miquel meinte, ich besäße eine bureaukratische Ader. Nichts ist willkürlicher, als meine Aeußerung in Bezug auf die Verwendung in den Streifen mit der Absicht zu verbinden, die Kreise gewissermaßen unter Vormundschaft zu stellen. Der Fehler bei der Ueberweisung liegt in der Verquickung von Finanzen verschiedener Körperschaften. Die Ueberweisung der Grund- und Gebäude- und Gewerbesteuer ist nur rational, wenn man den Communen ermöglicht, diese Steuern ihrerseits beweglich zu machen. An eine bloße Ueberweisung denke ich nicht. Bezüglich der offiziellen Presse sagt der Finanzminister: Warum soll ich das Land nicht aufklären? Gewiß! Aber nehmen Sie dazu den „Reichs-Anzeiger“; dazu ist er ja da! Und wenn er wegen seiner technischen Einrichtung nicht genügt, schaffen Sie ein zweites Organ. Wir müssen nur stets wissen, daß die betreffenden Äußerungen solche der Regierung sind. Hr. Schweinburg muß jedes Berliner Blatt vierteljährlich 100 Mk. für seine Nachrichten zahlen, nicht um die Weisheit dieses Mannes zu erfahren, der aus Ungarn eingebwandert ist und, wie ich höre, das, was sein Blatt schreibt, weder zu erfassen noch zu registrieren versteht; er treibt nur einen sehr lucrativen Handel mit amtlichen Nachrichten. Bei den Nachrichten in der „Allg. Ztg.“ des Herrn Schmitz, in der „Nordd. Allg. Ztg.“ des Herrn Pindter und der „Post“ des Herrn Schaeffer legt doch auch niemand Werth auf die Namen dieser mehr oder weniger unbekannten Politiker; diese Mittheilungen werden nur geschätzt, weil sie von der Regierung kommen. So läuft man die öffentliche Meinung. In den verschiedensten Artikeln werden die Gesekenswürfe der Regierung gelobt, aber schließlich folgt die Enttäuschung, wie wir es hier bezüglich der Erbschaftsteuer erleben. Also auch ungünstige Rückschlüsse für die Regierung liegen sich vermeiden, wenn man sich auf das bescheidende Maß in der Benutzung der Presse beschränkt, wie es der Ministerpräsident bei seinem Regierungsantritt in Aussicht gestellt hat.

Minister Miquel: Wenn Herr Richter zu mir gekommen wäre und hätte mich gefragt, ob ich die Staatseinnahmen vermehren wollte, so hätte ich ihm Aufklärungen gegeben, und er hätte keine Angriffe vermeiden können. Anderen Redactoren ohne Unterschied der Parteien habe ich die Auskunft erteilt. Herrn Schweinburg habe ich überhaupt keine Mittheilung zugehen lassen. Eine Ausgabenverminderung im Reich wie in Preußen, die keiner mehr als der Finanzminister wünschen dürfte, läßt sich beim besten Willen nicht immer durchführen. Die Erhöhung der Beamtengehälter ist von allen Seiten in diesem Hause und im Reichstage verlangt. Es liegt in der Natur der ganzen Entwicklung, daß die Ausgaben des Staates wachsen müssen. In jeder Gemeinde können Sie das selbe beobachten. Wachsen ferner im Privatleben nicht auch die Ausgaben? Trotzdem legen wir überall uns die größte Sparsamkeit auf. Wenn wir keine „Steuern auf Vorrath“ im Reich geordert hätten, z. B. durch die Brauntweinsteuer, würden doch die Ausgaben dieselben geblieben sein, denn Hr. Richter hat ja selbst die Mehr-

forderungen für die Heeresverfärbung bewilligt. Ich verlange aber von einem Finanzmann, wie dem Abg. Richter, daß er nicht bloß das nächste Jahr im Auge hat, sondern auch die zukünftige Entwicklung. Für die Erbschaftsteuer war um der Umstand, daß sie eine bedeutende Kontrolle zur Declaration bietet, ein wesentliches Moment. Je schärfer die Controlen sind, je gleichmäßiger und gerechter wird die Steueranforderung werden. Diejenigen, die controlirt werden müssen, braucht man nicht zu schonen, denn sie verdienen es nicht. Für Leute, die richtig declariren, wird die Kontrolle der Erbschaftsteuer nichts Schädliches haben. Der Vorschlag des Abg. v. Rauchhaupt, an Stelle der Erbschaftsteuer eine generelle Inventarierung des Erblassers vorzunehmen, verdient eine eingehende Prüfung in der Commission.

Abg. Richter: Der Vorwurf, daß wir Ausgaben, nicht Einnahmen bewilligen, widerlegt sich, außer durch unseren Antrag im Reichstage, auch dadurch, daß ich erklärt habe, wenn die Lebensmittelpreise befristet würden, so würde ich eine Erbschaftsteuer und sogar die Progression bei der Einkommensteuer bewilligen. Wir tragen für die Ausgaben eine ebenbürtige Verantwortung wie alle anderen Parteien. Wenn aber Ueberlässe vorhanden sind, müssen Ermäßigungen eintreten. Dieser Mangel eines beweglichen Factors führt dazu, daß man sich leichtem Herzens zu Ausgaben entschließt, weil eben die Einnahmen da sind. Wir wollen die Garantien schaffen, daß nicht mehr Steuern bewilligt werden, als notwendig sind für die Ausgaben. Diese Gedanken sind auch bei der nationalliberalen Parteilichkeit maßgebend gewesen, sogar in der Reichsgesetzgebung, wo die nationalliberale Partei durch Herrn v. Bennigsen Quotification des Kasse- und Salzsolles verlangt hat. Den Satz, daß die Ausgaben naturgemäß immer wachsen, muß ich bestritten. In den letzten Jahren sind in Preußen ebenso viel Steuern erhoben worden als in den Jahren von 1820—1830. Die Blüthe Preußens beruhte früher auf der geringen Schuldenlast und den mäßigen Steuern. Aber plötzlich trat eine so kolossale Steigerung der Steuern ein, wie sie in keinem Lande der Welt statgefunden hat, und es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht bei den directen Steuern im Staate dieselbe Progression eintritt wie bei den indirecten im Reich. (Beifall links.) Die Discussion wird hierauf geschlossen und die Vorlage an die Commission für Vorberatung des Einkommensteuergesetzes überwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

Berlin, 25. Nov. [In der Fürstengruft des Domes] ist man jetzt mit dem genauen Ausmessen der einzelnen Gänge beschäftigt, um die Größe der vorläufigen Krypta feststellen zu können. Die Arbeiten werden sehr beschleunigt. Auch für den Neubau des Domes werden bereits Vorbereitungen getroffen. Mit der Ausführung sollen drei Baumeister betraut werden. Einem derselben soll die Predigt-, dem Zweiten die Festkirche, dem Dritten die Begräbnis-Kirche übertragen werden. Die Oberleitung behält natürlich der Schöpfer des Planes, Prof. Raschdorf.

* [Die Kaiserin Friedrich] stattete gestern Vormittag gegen 11 Uhr dem katholischen St. Hedwigs-Krankenhaus einen längeren Besuch ab. Von der Oberin empfangen, ließ sich die hohe Frau die Schwestern vorstellen; ihr Besuch galt indeß vornehmlich ihrer dabei selbst sich als Patientin befindenden „Kaisersfrau“, einer Frau Blüthgen, bei der die Kaiserin längere Zeit verweilt.

* [Die Abgg. Dr. Barth und Richter] haben den bereits früher eingebrachten Antrag betr. Abänderung des Wahlgesetzes behufs Sicherung der Wahlfreiheit (Abgabe des Stimmzettels in verschlossenen Couverts u. s. w.) in berichtigter Fassung vorgelegt. Darnach soll auch § 6 des Wahlgesetzes einen Zusatz dahin erhalten, daß die Wahlbezirke mindestens 400 Einwohner umfassen und möglichst mit den Ortsgemeinden zusammenfallen sollen.

* [Der Abg. Hintelen] hat seinen Antrag betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen wieder eingebracht.

Detmold, 25. Nov. Am Donnerstag Vormittag 11 Uhr werden der Prinz und die Prinzessin Adolf zu Schaumburg, von Bückeburg kommend, zum Besuche des fürstlichen Hofes hier eintreffen. Gleichzeitig wird der preussische Gesandte in Oldenburg, Graf v. d. Goltz, welcher auch hier accreditirt ist, zum Besuche erwartet. Abends findet große Salotafel statt.

Bückeburg, 25. Novbr. Bei dem Prinzen und der Prinzessin Adolf von Schaumburg-Clippe fand gestern Nachmittag ein größeres Diner statt, zu welchem außer den hier anwesenden Fürstlichkeiten die Spitzen der Behörden und die Officiere des 7. Jägerbataillons und des Königsjäger-Regiments Nr. 7 geladen waren. Abends war Hofconcert, bei welchem die fürstliche Hofkapelle, die Sängerinnen Epke und Ubielli und der Sänger Staudigl mitwirkten. Heute Abend findet als Schluß der Hofspiele ein Hofball zu Ehren des neuvermählten Paares statt.

Fürth, 25. Novbr. Bei den gestrigen Gemeindevahlen siegten die Candidaten der Liberalen über die Candidaten der Volkspartei und der Socialisten.

Stettin, 25. Novbr. Morgen Vormittag findet im hiesigen erzbischöflichen Palais, der „Allg. Volksztg.“ zufolge, eine Konferenz sämtlicher preussischen Bischöfe statt.

* Aus Bagdad meldet die „Allg. Volksztg.“: „Als gestern Abend die Polizei eine rothe Fahne entfernen wollte, widersetzten sich ihr eine Anzahl Socialdemokraten, und es entstand ein heftiger Kampf mit den zehn Polizisten. 16 Socialdemokraten wurden verhaftet, 7 derselben waren mit Schußwaffen versehen und blieben in Folge dessen in Haft.“

Strasburg, 25. November. Der Staatsrath von Elsaß-Lothringen ist heute Nachmittag unter dem Vorhitz des Statthalters Fürsten Hohenlohe zur Berathung des nächstjährigen Etats und anderer Vorlagen für die nächste Tagung des Landesauschusses zusammengetreten.

Frankreich.

Paris, 25. November. Die Meldung, daß die Verhaftung Padlewskis in Brüssel zu erwarten sei, hat sich nicht bestätigt; ein schwedischer Arbeiter, auf welchen das Signalement des Padlewski paßte, ist für letzteren gehalten worden. — Heute sind mehrere Polizeagenten nach der Schweiz, England, Deutschland und Belgien abgegangen.

Paris, 25. Novbr. Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Dänemark stiegen dem Präsidenten Carnot einen Abschiedsbesuch ab.

England.

London, 25. November. [Unterhaus.] Der Erste Lord des Schatzes Smith kündigte an, er werde die gesamte Zeit des Hauses für die Regierung beanspruchen, bis die Hauptvorlagen die zweite Session passirt haben.

Das Oberhaus nahm nach kurzer Debatte die Adresse an. (M. T.)

[illegible]

Beilage zu Nr. 18621 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 26. November 1890.

Danzig, 26. November.

* [Postalisches.] Waarenprobensendungen und Postpakete (Colis postaux) nach Portugal können fortan wieder auf dem Landweg über Spanien, welcher wegen der Quarantäne vorübergehend nicht benutzbar war, befördert werden.

* [Lehrerwahl.] Die Lehrerin Fräulein Clara Schaffenberg ist als Lehrerin für die hiesige städtische Bezirks-Mädchenschule am Faulgraben und der Lehrer Reinhold Bollmann aus Pr. Stargard ist als Lehrer für die hiesige Bezirks-Anaberschule auf dem Hahelwerk erwähnt worden.

* [Fatterfall.] Gestern Abend fand im Fatterfall ein von Freunden des Reitsports ausgeführtes Reiterfest statt. Es wurde zunächst von 12 Herren eine Polonaise recht sicher geritten, worauf der Stallmeister Hr. Gerber einen Schimmel in der hohen Schule vorführte. Auch ein Manöver, ein jeu de rose und eine Jagd wurden recht flott geritten. Weniger befriedigend war der Theil des Programms, der Nachahmungen der Circusvorstellungen bot. Wer Gelegenheit gehabt hat zu beobachten, in welcher Weise die berufsmäßigen Künstler lernen und ihre Fertigkeiten üben, wird zugeben, daß auch der begabteste Liebhaber derartige Leistungen nicht spielend erzielen kann. Die Productionen des Jockeys und des Clown könnte man ohne Verlust entbehren.

Y Aus der Provinz, 25. November. Um dem Lehrermangel entgegenzutreten, hat die Schulaufsichtsbehörde die Seminare angewiesen, in jedem Curfus einige Zöglinge mehr aufzunehmen, als im Etat der Anstalten vorgesehen sind. Da sich aber in unserer Provinz ein besonders starker Bedarf an evangelischen Lehrkräften bemerkbar macht, sind bei den evangelischen Schullehrer-Seminaren sog. Nebencurse eingerichtet worden. Einen solchen Nebencursus mit 30 Zöglingen hat das Seminar zu Löbau bereits in diesem Jahre entlassen. Im nächsten Jahre geschieht dies mit dem Nebencursus zu Marienburg und 1892 mit dem zu Pr. Friedland. Das Löbauer Seminar hat aber bereits einen neuen Nebencursus eröffnet. Auf diese Weise ist es möglich, alljährlich ca. 30 junge Leute mehr dem Gehraut zuzuführen. Die Unterrichtsverwaltung erreicht durch diese Einrichtung dasselbe, als durch ein etwa neu begründetes Schullehrer-Seminar.

SS Elbing, 25. November. In der gestrigen Sitzung des Gewerbevereins, welche außerordentlich zahlreich besucht war, hielt Herr Dr. Nesselmann, welcher zum Studium des Koch'schen Verfahrens in Berlin gewesen war, einen Vortrag über die Koch'sche Heilmethode, an welchen sich die Besprechung der Fälle, welche Vortragender in Berlin gesehen hatte, knüpfte. Zugleich wurden die Koch'schen Injectionspritzen vorgelegt und Tuberkelbacillen unter einem Mikroskop gezeigt. So gestaltete sich der Vortrag zu einem ungemein interessanten, und nachdem der Vorsitzende noch einige Worte über die hohe Bedeutung des Heilverfahrens hinzugefügt, beschloß der Verein unter Erhebung von den Seiten, dem Geh. Rath Koch in einer telegraphischen Depesche seine Verehrung auszudrücken. In unserer Stadt sind durch Herrn Dr. Saleker bereits Versuche mit der Impfung gegen Lungentuberkulose an einer jungen Dame gemacht worden, welche die bekannten Reactionen zur Folge hatten, und in nächster Zeit werden die Versuche noch vermehrt werden können, da

noch ein zweites Fläschchen der kostbaren Flüssigkeit hergelangt ist. Das 12jährige Töchterchen eines hiesigen Postsecretärs hatte sich ohne Wissen der Eltern direct an Geh. Rath Koch gewandt und erhielt von dessen Gemahlin einen liebevollstübigen Brief, in welchem sie ihm ganz ausnahmsweise Elymphe zur Heilung für sein „Nuttchen“, für welche es so jählich gebeten habe, versprach. Dieselbe ist heute angekommen. Im Gewerbe-Verein wurde außer jenem Thema noch ein zweites behandelt, welches auch das größte Interesse erregte. Herr Ingenieur Kröger sprach über das Mannesmann'sche Verfahren zur Fabrication von Röhren durch Walzen aus soliden Eisencylindern ohne Naht. Dazu konnte eine Serie von Proben vorgelegt werden, welche der Verein aus dem Gewerbemuseum in Königsberg leihweise erhalten hatte. Ein besonders zu dem Vortrage gefertigtes Modell erläuterte den so schwierig klar zu machenden Prozeß in anschaulicher Weise.

Vermischte Nachrichten.

Das Koch'sche Heilverfahren.

L. Berlin, 25. November. Bereits vor einigen Tagen waren Gerüchte verbreitet, wonach einzelne Aerzte, welche im Besitz des Koch'schen Heilmittels sind, den Preis desselben erheblich überschritten hätten. Jetzt bringt die „Köln. Ztg.“ den Abdruck eines Schreibens, welches ein Famulus des Herrn Dr. Levy an einen Lungenkranken in Davos gerichtet hat. In demselben wird dem Kranken anheimgegeben, sich hier einzulogiren und sich privatim vom Herrn Doctor behandeln zu lassen. „Wegen der außerordentlich geringen Menge Elymphe, die uns augenblicklich zu Gebote steht, ist es Herrn Doctor nicht möglich, eine Injection unter 300 Mk. zu machen.“ Herr Dr. Levy schreibt nun an die „Nat.-Ztg.“ u. a.:

„Meine Weisung ging dahin, alle Lungenentzündungen abzuweisen. Die Form, in der dies einem Patienten in Davos gegenüber von einem meiner Famuli ohne mein Wissen geschah, kann ich allerdings nicht billigen.“

Auch der „Nat.-Ztg.“ scheint diese Erklärung unzureichend. Wenn übrigens die „Köln. Ztg.“ „in der freudigen Lage“ ist, „allen auswärtigen Kranken die Mittheilung zu machen, daß alle uns bekannten tüchtigen Aerzte in und außerhalb Berlins von der Auffassung des Herrn Dr. Levy weit abstehen“, so erlauben wir uns mit Rücksicht auf die Quelle, aus der die Eingangs erwähnte Notiz geflossen ist, die Berechtigung zu dieser „Freude“ zu bezweifeln. Möglicher Weise ist jetzt für Abhilfe gesorgt, insofern Professor Koch sich vorbehalten hat, die Zahl der Patienten, welche die einzelnen Aerzte behandeln dürfen, selbst zu bestimmen.

Dresden, 25. November. Der Stadtrath hat eine aus den Oberärzten des städtischen Krankenhauses bestehende Commission gewählt mit dem Ersuchen, Vorschläge zu machen, wie die Koch'sche

Behandlung der Tuberkulose am zweckmäßigsten in Dresden zu allgemeiner Durchführung gebracht werden könne.

München, 25. Novbr. Der Herzog Theodor in Baiern ist, begleitet von dem Baderarzt May, nach Berlin gereist, um sich von dem Professor Dr. Koch dessen Elymphe für den Kurort Kreuth bei Tegernsee zu besorgen und sich über ihre Verwendung zu informiren. Der Arzt Burger in der Vorstadt Bogenhausen bei München erhielt bereits Koch'sche Elymphe und versuchte sie bei tuberkulösen Kranken.

Augsburg, 25. November. Zum Studium der Koch'schen Heilmethode begiebt sich demnächst im Auftrage des Magistrats eine größere Anzahl hiesiger Aerzte nach Berlin.

Hannover, 25. Novbr. In dem hiesigen Genrietenstift und in einer Privatklinik werden an Lupus, Knochen- und Gelenktuberkulose, sowie an Tuberkulose der Drüsen, der Lungen und an Aethiopischwindsucht Leidende nach der Koch'schen Heilmethode behandelt. Bei sämtlichen Behandlungen trat nach der Injection eine Steigerung der Temperatur bis zu 40,2, 40,3 und in einem Fall bis 40,5 ein.

Paris, 25. Novbr. Dr. Pasteur erwiderte auf eine Anfrage des „Temps“ in Betreff seiner Meinung über Koch's Entdeckung, daß er sich vom technischen Standpunkt aus auf Vermuthungen beschränken müsse. Er wolle auch kein Urtheil darüber abgeben, daß Koch den Weg, welchen er zur Erreichung des großen wissenschaftlichen Zieles verfolgt, nicht beschreiben habe; aber die erhaltenen Resultate seien bewunderungswürdig.

Newyork, 24. Nov. Ein Arzt in Kansas City injicirte heute zweimal einen von hochgradiger Schwindsucht Befallenen mit Koch'scher Elymphe; die dadurch erzielte gute Wirkung hält an.

Roubaix, 24. Novbr. Heute Abend 6 Uhr brach in der Stoffabrik von Prouvoft und Scapel Feuer aus. Der durch dasselbe angerichtete Schaden wird auf 800 000 Frs. geschätzt; 600 Arbeiter sind in Folge des Brandes arbeitslos. (W. Z.)

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung

Hamburg, 25. Novbr. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 184—195. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 178—188, russ. loco ruhig, 133—136. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) fest, loco 59. — Spiritus fest, per Novbr. 29 1/4 Br., per November-Debr. 29 Br., per Dezember-Januar 29 Br., per April-Mai 29 Br. — Raffee ruhig. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6.30 Br., per Debr. 6.20 Br. — Wetter: Schnee.

Hamburg, 25. Novbr. Raffee. Good average Santos per November —, per Dezember 83 1/4, per März 77, per Mai 75 3/4. Ruhig.

Hamburg, 25. Novbr. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product, Basis 88% Rendement, neue Uiance, f. a. B.

Hamburg per Novbr. 12.30, per Dezember 12.30, per März 1891 12.85, per Mai 13.12 1/2. Matt.

Bremen, 25. November. Petroleum. (Schlußbericht.) Still. Standard white loco 6.25 Br.

Havre, 25. Novbr. Raffee. Good average Santos per Debr. 105.25, per März 98.00, per Mai 96.50. Ruhig. Frankfurt a. M., 25. Nov. Effecten-Societät. (Schluß.) Credit-Actien 259 3/8, Franzosen 212 1/4, Lombarden 116 7/8, Aegypter 96.40, Gotthardbahn 157.90, Disconto-Commandit 206.20, Dresdner Bank 150.50, Laurahütte 136, Selsenkirchen 168.70. Ruhig.

Wien, 25. Nov. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 88.10, do. 5% do. 101.00, do. Silberrente 88.15, 4% Goldrente 107.50, do. ung. Goldrente 101.25, 5% Papierrente 99.30, 1860er Loose 137.25, Anglo-Aust. 160.50, Länderbank 221.25, Creditact. 295.25, Unionb. 238.00, ungar. Creditactien 351.00, Wiener Bankverein 116.25, Böhm. Westb. 330.00, Böhm. Nordb. —, Busch. Eisenbahn 470.00, Dux-Bodenbacher —, Elbthalbahn 225.00, Nordbahn 2735.00, Franzosen 241.35, Galizier 202.00, Semberg-Ebern. 226.50, Lombarden 134.25, Nordwestbahn 217.50, Pardubitzer 171.50, Alp-Mont.-Act. 92.50, Tabakactien 135.50, Amsterdamer Wechsel 95.00, Deutsche Blähe 56.47 1/2, Londoner Wechsel 115.20, Pariser Wechsel 45.40, Napoleons 9.10 1/2, Marknoten 56.50, russische Banknoten 1.34 1/4, Silbercoupons 100.00.

Amsterdam, 25. Novbr. Getreidemarkt. Weizen per November —, per März 223. Roggen per März 159—158, per Mai 155—154—155.

Antwerpen, 25. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loco 16 1/4 bez. und Br., per November 16 Br., per Dezember 16 Br., per Jan.-März 16 1/4 Br. Ruhig.

Antwerpen, 25. Novbr. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer unverändert. Gerste behauptet.

Paris, 25. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Novbr. 25.90, per Debr. 25.80, per Januar-April 25.80, per März-Juni 26.10. — Roggen behpt., per Novbr. 16.80, per März-Juni 17.30. — Mehl träge, per Novbr. 58.50, per Debr. 58.20, per Jan.-April 58.10, per März-Juni 58.10. — Rüböl träge, per Novbr. 63.00, per Debr. 63.00, per Jan.-April 64.00, per März-Juni 64.25. — Spiritus ruhig, per Nov. 36.50, per Debr. 37.00, per Jan.-April 38.25, per Mai-August 39.25. — Wetter: Schön.

Paris, 25. Nov. (Schlußcourse.) 3% amortisirbare Rente 95.95, 3% Rente 94.95, 4 1/2% Anleihe 104.42 1/2, 5% ital. Rente 93.10, Oesterr. Goldr. 95.00, 4% ungar. Goldrente 90.50, 4% Russen 1880 —, 4% Russen 1889 97.65, 4% unific. Aegypter 481.87, 4% span. äußere Anleihe 74, convert. Türken 18.10, türk. Loose 76.50, 4% privilegierte türk. Obligationen 404.50, Franzosen 552.50, Lombarden 306.25, Comb. Prioritäten 336.25, Banque ottomane 603.75, Banque de Paris 825.00, Banque d'Escompte 562.50, Credit foncier 1288.00, do. mobilier 423.75, Meridional-Act. 682.50, Panamacaanal-Act. —, do. 5% Oblig. 23.75, Rio Tinto-Actien 583.10, Suezcanal-Actien 2385.00, Gaz Parisien 1470.00, Credit Chonnais 792.00, Gaz pour le Fr. et l'Etrang. 540, Transatlantique 625.00, B. de France 4340, Ville de Paris de 1871 411, Tab. Ottom. 313.00, 2 1/4% Conf. Angli 96, Wechsel auf deutsche Blähe 122 1/2, Londoner Wechsel kurz 25.33, Cheques a. London 25.35 1/2, Wechsel Wien kurz 217.50, do. Amsterdam kurz 208.87, do. Madrid kurz 492.00, C. d'Esc. neue 620, Robinson-Act. —, 3. Orient-Anleihe 77.93.

Paris, 25. November. Gerüchte aus Buenos-Ayres melden, an der dortigen Börse hätten solche Streitigkeiten stattgefunden, daß die Polizei einschreiten mußte. Auch hätten einige Bankiers ihre Kassen geschlossen.

London, 25. Nov. An der Rüste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Nachtfrost.

London, 25. November. Engl. 2 1/4 % Consols 95 1/16, 4% Consols 104, ital. 5% Rente 92, Lombarden 12 1/4, 4%

conf. Ruffen von 1889 (II. Serie) 97 1/2, conv. Türken 17 1/2, österr. Silberrente 77 1/2, österr. Goldrente 95,00, 4% ungarische Goldrente 89 1/2, 4% spanier 72 1/2, 3 1/2% priv. Aegyptier 90 1/2, 4% unific. Aegyptier 94 1/2, 3% garantirt. Aegyptier 99 1/2, 4 1/2% ägypt. Tributant, 94 1/2, 6% confol. Mexikaner 91 1/2, Ottomanbank 133 1/2, Suezactien 94, Canada-Pacific 76 1/2, De Beers-Actien neue 17, Rio Tinto 22 1/2, Rubinen-Actien 1/8 % Verlust, 4 1/2 % Rupees 81 1/2, Platinadisch 5 1/2, Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,76, Wien 11,75, Paris 25,59, Petersburg 27 1/2.

Glasgow, 25. Novbr. (Schluß) Roheisen. Mixed numbers warrants 48 sh. 6 1/2 d.

Liverpool, 25. Nov. Weizen und Mehl stetig, Mais 3 d. höher. — Wetter: Schön.

Liverpool, 25. Novbr. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umfaß 10 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1500 Ballen. Träge. Mittl. amerikanische Lieferungen: per Nov.-Dez. 5 1/2, per Dezbr.-Januar 5 1/2, per Jan.-Febr. 5 1/2, per Febr.-März 5 1/2, per März-April 5 1/2, per April-Mai 5 1/2, per Mai-Juni 5 1/2, per Juni-Juli 5 1/2, per Juli-August 5 1/2, Alles Käuferpreise.

Petersburg, 25. Novbr. Wechsel a. London 85,00, do. Berlin 41,60, do. Amsterdam —, do. Paris 33,60, 1/2-Imperials 68 1/2, russ. Präm.-Anleihe von 1864 (geft.) 233 1/2, do. 1866 212 1/2, russ. 2. Orientanleihe 102 1/2, do. 3. Orientanleihe 105 1/2, do. 4% innere Anleihe 88 1/2, do. 4 1/2 % Bodencredit-Pfandbriefe 136, Große russ. Eisenbahnen 213, russ. Südbahnen-Act. 110 1/2, Petersburger Discontobank 587, Petersburger intern. Handelsbank 487, Petersburger Privat-Handelsbank 280, russ. Bank für auswärt. Handel 270, Warfchauer Discontobank —, Privatdiscont. 5.

Petersburg, 25. Novbr. Productenmarkt. Talg loco 43,00. — Weizen loco 10,50, Roggen loco 7,25, Hafer loco 4,25, Hanf loco 43,00, Leinsaat loco 11,50. — Wetter: Frost.

Newyork, 25. Novbr. Wechsel auf London 4,81 1/2. — Rother Weizen loco 1,05 1/2, per Novbr. 1,03 1/2, per Dezbr. 1,03 1/2, per Mai 1891 1,06 1/2, Mehl loco 3,70. — Mais per Novbr. 0,60 1/2. — Zucker —.

Newyork, 24. Novbr. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4,79 1/2, Cable-Transfers 4,80 1/2, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5,25, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 94 1/2, 4% fundirt. Anleihe 120 1/2, Canadian-Pacific-Actien 73 1/2, Central-Pacific-Actien 30, Chicago u. North-Western-Act. 107 1/2, Chic. Mil. u. St. Paul-Actien 53 1/2, Illinois-Central-Act. 97, Lake-Shore-Michigan-South-Act. 107 1/2, Louisville- und Nashville-Actien 75 1/2, Newn. Lake-Erie- u. Western-Act. 139 1/2, Newn. Lake-Erie- u. West. second. Mort. Bonds 98 1/2, Newn. Central- u. Hudson-River-Actien 100 1/2, Northern-Pacific-Preferred-Act. 65 1/2, Norfolk- u. Western-Preferred-Actien 54 1/2, Philadelphia- u. Reading-Actien 32 1/2, St. Louis- und St. Franc.-Preferred-Actien 33 1/2, Union-Pacific-Actien 52 1/2, Wabash, St. Louis-Pacific-Preferred-Actien 19 1/2, Silber-Bullion 103 1/2. — Baumwolle in Newyork 9 1/2, in New-Orleans 9 1/2. — Raffinirtes Petroleum 70 % Abel Fett in Newyork 7,35 Cb., do. in Philadelphia 7,35 Cb., rohes Petroleum in Newyork 7,10, d. Pipe line Certificates per Dezember 69 1/2, stetig. — Schmalz loco 6,30, do. Roche und Brothers 6,60. — Zucker (Fair refining Muscovados) 4 1/2 nom. — Kaffee 19 1/2. Rio Nr. 7. low ordinary per Dezbr. 17,12, per Febr. 15,70.

Newyork, 24. November. Viehle Supply an Weizen 24 190 000 Bushels, do. an Mais 4 329 000 Bushels. Newyork, 25. Novbr. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der vereinigten Staaten nach Großbritannien 14 000, do. nach Frankreich —, do. nach anderen Häfen des Continents 18 000, do. von Californien und Oregon nach Großbritannien 72 000, do. nach anderen Häfen des Continents 18 000 Orts.

Productenmärkte.

Stettin, 25. Novbr. Getreidemarkt. Weizen ruhig, loco 182—187, do. per November 188,00, do. per Nov.-Dezbr. 187,00, per April-Mai 190,00. — Roggen matt, loco 173—176, do. per Novbr. 179,50, do. per Novbr.-Dezbr. 177,00, do. per April-Mai 187,50. — Sommerhafer Hafer loco 130—135. — Kübbel fetter, per Nov. 57,50, per April-Mai 57,00. — Spiritus fest, loco ohne Faß mit 50 M Consumsteuer 60,40 M, mit 70 M Consumsteuer 41,50 M, per Novbr. mit 70 M Consumsteuer 40,30, per Novbr.-Dezember mit 70 M Consumsteuer 40,00, per April-Mai mit 70 M Consumsteuer 41,40. Petroleum loco 11,60.

Berlin, 25. Novbr. Weizen loco 185—195 M, per November 192,75—192,25 M, per November-Dezember 191,50—190,75—191,50 M, per April-Mai 191,50—190,75—191,50 M. — Roggen loco 176—184 M, gufer inländischer 180—182 M a. B., klammer incl. 179 M a. B., per Novbr. 183,75—182,50—184 M, per Nov.-Dezbr. 179—178—177,75 M, per April-Mai 169—168,25—169 M. — Hafer loco 140—156 M, oft- und meiser 141—144 M, pomm. und uerm. 142—145 M, schleißer 142—145 M, fein schleißer 147—151 M ab Bahn, per Novbr. 141,50—141,75 M, per Novbr.-Dezember 141,25—140,75—141,25 M, per April-Mai 140,25—139,75—140 M. — Mais loco 137—145 M, per Novbr. 138,25 M, per November-Dezember 136 M, per Dezember-Januar 134,50 M, per April-Mai 127,50 bis 128 M. — Gerste loco 138—205 M. — Barroff-mehl loco 23 M. — Trockene Kartoffelpärke loco 23 M. — Erbsen loco Futterwaare 148—153 M, Kochwaare 160—205 M. — Weizenmehl Nr. 00 27,25 bis 25,50 M, Nr. 0 24 bis 22,00 M. — Roggenmehl Nr. 0 27,25 bis 26,00 M, Nr. 0 und 1 25,75—24,75 M, ff. Marken 27,40 M, per Nov. 25,50 M, per Novbr.-Dezbr. 24,95—25,00 M, per April-Mai 23,60—23,65 M.

Petroleum loco 23,1 M. — Kübbel loco ohne Faß 57,2 M, per Novbr. 58,0—57,9—58,0 M, per Novbr.-Dez. 57,6—58,0 M, per April-Mai 57,7 M. — Spiritus ohne Faß loco unversteuert (50 M) 60,6 M, mit Faß loco unversteuert (70 M) 41,2 M, per Nov. 41,1—40,7—40,9 M, per Novbr.-Dezbr. 40,9—40,7—40,9 M, per Dez.-Januar 40,9—40,7—40,8 M, per April-Mai 41,9—42,0—41,7—41,9 M, per Mai-Juni 42,3—42,0—42,2 M, per Juni-Juli 42,9—42,6—42,8 M, per Juli-Aug. 43,2—43,3 M, per August-Septbr. 43,6—43,7 M. Magdeburg, 25. November. Zuckerbericht. Kornzucker excl. 92 % 17,05, Kornzucker excl. 88 % Rendement 16,25, Naproducte excl. 75 % Rendement 13,85. Ruhig. Prodrastinade I. 28,25, II. 27,75. Gem. Raffinade mit Faß 28,25. Gem. Melis I. mit Faß 26. Ruhig. Rohzucker I. Product Transitio f. a. B. Hamburg per Nov. 12,30 Cb., 12,35 Br., per Dezbr. 12,40 bez. und Br., per Januar 12,57 1/2 Cb., 12,60 Br., per Januar-März 12,72 1/2 Cb., 12,75 Br. Ruhig.

Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Feuilleton und literarische: H. Richter, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseraten-theil: A. W. Sackmann, sämtlich in Danzig.

Als preiswerthes, praktisches Weihnachtsgeschenk empfehle ich: **Rohseidene Bafstroben (ganz Seide) Mk. 16.20 per Robe**, sowie Mark 22.80, 28, 34, 42, 47.50 nabelfertig. Es ist nicht notwendig, vorher Muster kommen zu lassen; ich tausche nach dem Fest um, was nicht conenirt. Muster von schwarzen, farbigen und weissen Seidenstoffen umgeben. Seidenfabrik - Depot G. Henneberg (h. u. h. Hofliefer.) Zürich. Doppeltes Briefporto nach der Schweiz.

Berliner Fondsbörse vom 25. November.

Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung und mit zumeist etwas besseren Courten auf speculativem Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen zumeist günstiger lauteten. Hier entwickelte sich das Geschäft anfangs ruhig; im weiteren Verlaufe trat auf erneutes Vorgehen der Contre-terminen ziemlich allgemein eine Abkühlung der Haltung hervor, da die Kaufkraft fortgesetzt eng begrenzt blieb. Der Börsenschluß konnte wieder als befriedigt gelten. Der Kapitalmarkt bewahrte ziemlich feste Gesamthaltung für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umsätzen, und fremde festen Zins tragende Papiere konnten ihren

Werthstand zumeist behaupten; 1880er Ruffen und Italiener fest; russische Noten schwächer. Der Privatdiscont wurde unverändert mit 5 1/2 % notirt. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditactien nach fester Eröffnung schwach und ruhig; Franzosen und Lombarden etwas besser und lebhafter. Inländische Eisenbahnactien erschienen fest. Bankactien blieben ruhig und behauptet. Industriepapiere im ganzen fest bei geringem Geschäft. Mon tanwerthe anfangs fester und lebhafter und nach einer Abkühlung wieder fest schließend.

Deutsche Fonds.		
Deutsche Reichs-Anleihe	4	105.20
do. do.	3 1/2	97.60
Nonvalidirte Anleihe	4	104.80
do. do.	3 1/2	98.00
Staats-Schuldscheine	3 1/2	99.50
Österr. Prov.-Oblig.	3 1/2	—
Westpr. Prov.-Oblig.	3 1/2	95.25
Landw. Centr.-Pfdb.	4	103.25
Österr. Pfandbriefe	3 1/2	95.50
Bommerse Pfandbr.	3 1/2	96.50
do. do.	4	—
Pommersche neue Pfdb.	4	101.40
do. do.	3 1/2	96.40
Westpreuß. Pfandbriefe	3 1/2	96.10
do. neue Pfandbr.	3 1/2	96.10
Pomm. Rentenbriefe	4	102.50
Pommische do.	4	102.20
Breussische do.	4	102.20

Ausländische Fonds.		
Österr. Goldrente	4	95.00
Österr. Papier-Rente	5	89.20
do. do.	4 1/2	77.90
do. Silber-Rente	4 1/2	77.60
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4 1/2	100.70
do. Papier-Rente	5	87.50
do. Goldrente	4	89.50
Russ.-Engl. Anleihe 1875	4 1/2	—
do. do. do. 1880	4	96.75
do. Rente 1883	6	107.10
do. Rente 1884	5	104.60
Russ. Anleihe von 1889	4	—
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	75.10
do. 3. Orient-Anleihe	5	77.50
do. Stiegl. 5. Anleihe	5	79.00
do. do. 6. Anleihe	5	—
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	94.50

Lotterie-Anleihen.		
Bad. Prämien-Anl. 1867	4	136.75
Bayer. Prämien-Anleihe	4	137.20
Braunsch. Pr.-Anleihe	—	100.00
Goth. Präm.-Pfandbr.	3 1/2	108.90
Hamburg. 50 Jhr.-Loose	3	131.50
Holl.-Wind. Pr.-G.	3 1/2	136.00
Lübeck. Präm.-Anleihe	3 1/2	131.00
Österr. Loose 1854	4	119.80
do. Cred.-L. v. 1858	—	328.00
do. Loose von 1860	5	122.00
do. do. 1864	—	324.10
Österr. Loose	5	127.50
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3 1/2	127.25
Raab-Graz 100 J.-Loose	4	101.60
Russ. Präm.-Anl. 1864	4	172.50
do. do. von 1866	5	158.50
Ung. Loose	—	253.90

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.		
Div. 1889.		
Aachen-Matricht	2 1/2	66.90
Main-Ludwigshafen	4 1/2	114.90
Mariemb.-Mlaw-St.-A.	1 1/2	54.70
do. do. St.-Pr.	5	109.25
Österr. Südbahn	3	83.30
do. St.-Pr.	5	112.50
Saal-Bahn St.-A.	1 1/2	37.50
do. St.-Pr.	5	—
Stargard-Posen	4 1/2	102.10
Weimar-Cera gar.	—	20.00
do. St.-Pr.	—	—
Salzburger	4	89.40
Gothardbahn	7 1/2	—

Zinsen vom Staate gar. Div. 1889.		
Arondr.-Rub.-Bahn	4 1/2	89.30
Österr.-Lomb.-Bahn	—	22.50
Österr.-Franz.-St.	2.70	108.00
do. Nordwestbahn	4 1/2	—
do. Lit. B.	5 1/2	99.75
Reichenb.-Barub.	3.31	76.00
Russ. Staatsbahnen	6.56	—
Russ. Südbahnen	—	81.80
Schweiz. Unionb.	5	—
do. Westb.	—	—
Südböhm. Lombard	13 1/2	59.10
Warfchau-Wien	15	224.25

Ausländische Prioritäten.		
Gothard-Bahn	5	103.10
†Italien. 3% gar. C.-Pr.	3	55.75
†Kafk.-Ostb.-Gold-Pr.	4	97.00
†Arondr.-Rub.-Bahn	4	82.40
†Kern.-Z.-Staatsb.	5	82.90
†Österr. Nordwestbahn	5	93.25
do. Elbthalb.	5	—
†Südböhm. B. Comb.	3	66.40
†do. 5% Oblig.	5	103.75
†Ungar. Nordostbahn	5	87.60
†do. do. Gold-Pr.	5	101.40
Anatol. Bahnen	5	88.30
†Brest-Grojewo	5	98.40
†Kursk-Charkow	4	92.00
†Kursk-Rio	4	92.00
†Mosko-Nijan	4	93.30
†Mosko-Gmolensk	5	100.10
†Arbinska-Bologone	5	95.90
†Nijan-Roslog	4	92.00
†Warfchau-Teresopol	5	160.40
†Oregon-Railw. Nav. Bds.	5	96.00
Northern-Pacif.-Eis. III.	6	164.40
do. do.	5	88.60

Bank- und Industrie-Actien. 1889.		
Berliner Banken-Berein	137.00	6
Berliner Handelsgef.	153.25	12
Berl. Prod. u. Hand.-A.	—	—
Bremer Bank	—	4 1/4
Bresl. Discontobank	—	7
Danziger Privatbank	—	8 1/4
Darmstädter Bank	151.60	10 1/2
Deutsche Genossensch.-B.	127.50	8
do. Bank	153.00	10
do. Effecten u. W.	—	11
do. Reichsbank	143.50	7
do. Hypoth.-Bank	111.00	6 1/4
Disconto-Command.	206.00	14
Gothaer Grundr.-Bk.	80.50	—
Hamb. Commerz.-Bank	—	7 1/2
Hamb. übersee. Bank	—	5
Hönnigsb. Vereins-Bank	—	6
Lübeck. Comm.-Bank	—	7
Magdb. Privat-Bank	109.75	5 1/2
Meininger Hypoth.-B.	102.75	5
Norddeutsche Bank	—	12
Österr. Credit-Anstalt	—	10 3/8
Bomm. Hyp.-Act.-Bank	—	—
do. do. comp. neue	101.50	—
Pomm. Prov.-Bank	—	6
Breuss. Boden-Credit	120.60	6 1/2
Br. Centr.-Boden-Cred.	153.50	10
Geschaftshaus Bankverein	110.25	5
Schleisscher Bankverein	122.60	8
Südb. Bod.-Credit-Bk.	155.25	6 1/2

A. B. Omnibusgesellschaft.		
Gr. Berl. Pferdebahn	217.00	10 1/2
Berlin. Bappen-Fabrik	252.25	12 1/2
Wilmshütte	101.75	7
Oberkref. Eisenb.-B.	95.00	6 1/2
do. do.	89.25	6

Berg- und Hüttengesellschaften.		
Div. 1889		
Dortm. Union-St.-Prior.	—	4
Rönnigs- u. Laurahütte	134.90	11
Stolberg, Zink	67.00	2 1/2
do. St.-Pr.	129.20	7 1/2
Victoria-Hütte	—	—

Wechsel-Cours vom 25. Novbr.		
Amsterdam	8 Tg.	4 1/2 168.15
do.	2 Mon.	4 1/2 167.00
London	8 Tg.	6 20.39
do.	3 Mon.	6 20.13
Paris	8 Tg.	3 80.40
Brüssel	8 Tg.	3 80.25
do.	2 Mon.	3 79.90
Wien	8 Tg.	4 176.65
do.	2 Mon.	4 175.20
Petersburg	3 Wch.	5 1/2 236.25
do.	3 Mon.	5 1/2 235.00
Warfchau	8 Tg.	5 1/2 236.50

Discont der Reichsbank 5 1/2 %.		
Corten.		
Dukaten	—	9.70
Sovereigns	—	20.325
20-Francs-St.	—	—
Imperials per 500 Gr.	—	—
Dollar	—	—
Englische Banknoten	—	20.385
Französische Banknoten	—	80.35
Österreichische Banknoten	—	177.10
Russische Banknoten	—	237.20